

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten** der Stadt Burgdorf am **11.11.2024** im Sitzungszimmer des Rathauses II, Vor dem Hann. Tor 1, 31303 Burgdorf,

19.WP/A-HFV/030

Beginn öffentlicher Teil: 17:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: 19:37 Uhr

Ende öffentlicher Teil: 19:36 Uhr
Ende vertraulicher Teil: 20:15 Uhr

ANWESENHEIT:

Bürgermeister

Pollehn, Armin

Vorsitzender

Hinz, Gerald

stellv. Vorsitzende

Kicza, Tanja

Mitglied/Mitglieder

Buhndorf, Andrea
Gawlik, Mario
Heller, Simone
Höfner, Joachim
Sieke, Oliver
Steinbeck-Behrens, Cord,
Dr.
Voß, Gabriele

ab TOP 6

Grundmandat

Braun, Jens
Nijenhof, Rüdiger
Wendt, Jörgen

ab TOP 4

Beratende/s Mitglied/er

Rainer, Joachim-Roland

Verwaltung

Hammermeister, Lars
Kähler, Inken Kristin
Kauter, Theo
Könecke, Patricia-Diana
Raue, Nicole
Twesten, Manfred
Vierke, Silke

bis TOP 5

bis TOP 5

bis TOP 2 nicht öffentlicher Teil

bis TOP 8

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
 2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 19.08.2024
 3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 23.09.2024
 4. Mitteilungen des Bürgermeisters
 - 4.1. 2. Finanzbericht 2024
Vorlage: M 2024 0896
 - 4.2. Betriebsabrechnung Kita 2022 und 2023
Vorlage: M 2024 0897
 - 4.3. Betriebsabrechnung Bauhof 2022
Vorlage: M 2024 0898
 - 4.4. Projektmanagement - Statusbericht
 5. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: BV 2024 0866
 6. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: BV 2024 0880
 7. Änderung der Hebesatzsatzung
Vorlage: BV 2024 0879
 8. Entwurf Haushaltssatzung 2025 / 2026
Vorlage: BV 2024 0873
 9. Entwurf Investitionsprogramm 2025 / 2026
Vorlage: BV 2024 0877
 10. Stellenplan 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0881
 11. Anfragen laut Geschäftsordnung
 12. Anregungen an die Verwaltung
- Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Hinz eröffnet um 17:00 Uhr die Ausschusssitzung und begrüßt die Einwohnerinnen und Einwohner sowie die Presse. Er stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Es wird darauf hingewiesen, dass Frau Voß sich verspäten wird.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird in der diesem Protokoll vorangestellten Form einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 19.08.2024

Einstimmig (ja: 7, Enth.: 1) fassen die Ausschussmitglieder folgenden

Beschluss:

Das Protokoll des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten vom 19.08.2024 wird genehmigt.

3. Genehmigung des Protokolls über die Sitzung des Ausschusses für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten am 23.09.2024

Einstimmig (ja: 6, Enth.: 2) fassen die Ausschussmitglieder folgenden

Beschluss:

Das Protokoll des Ausschusses für Haushalt, Finanzen u. Verwaltungsangelegenheiten vom 23.09.2024 wird genehmigt.

4. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Hammermeister informiert über die Oktober-Steuerschätzung 2024. Demnach wird für das Jahr 2025 ein Anstieg der Einkommenssteuer um 21.000 € und für 2026 um 22.000 € im Vergleich zur derzeitigen Haushaltsplanung erwartet. Bei der Umsatzsteuer hingegen wird für 2025 eine Reduzierung um 33.000 € und für 2026 um 26.000 € prognostiziert.

4.1. 2. Finanzbericht 2024
Vorlage: M 2024 0896

Herr Hammermeister fasst in der dem Protokoll beigefügten Präsentation (Anlage 1) die wichtigsten Daten des 2. Finanzberichtes 2024 zusammen und gibt entsprechende Erläuterungen.

Frau Kicza fragt, warum die prognostizierten Personalkosten im Vergleich zum Haushaltsansatz 2024 deutlich niedriger ausfallen. **Frau Vierke** erklärt dies u.a. damit, dass diverse Stellen zeitweise unbesetzt waren. Zudem haben mehrere Mitarbeitende ihre Arbeitszeit reduziert. Diese Kürzungen summieren sich auf das Äquivalent von sieben Vollzeitstellen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Betriebsabrechnung Kita 2022 und 2023
Vorlage: M 2024 0897

Herr Hammermeister fasst die wichtigsten Punkte der Betriebsabrechnung der Kita 2022 und 2023 zusammen. Er hebt hervor, dass im Jahr 2023 nur ein Kostendeckungsgrad von 25,31 % erreicht wurde. Dies ist vor allem auf die gestiegenen Personalkosten zurückzuführen, die durch deutliche Tarifsteigerungen sowie zeitweise unbesetzte Stellen entstanden sind, die nun wiederbesetzt wurden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Betriebsabrechnung Bauhof 2022
Vorlage: M 2024 0898

Herr Hammermeister fasst die Betriebsabrechnung des Bauhofs und des Gärtnerbauhofs für das Jahr 2022 in den wesentlichen Punkten zusammen.

Die Vorlage wird ohne Nachfrage zur Kenntnis genommen.

4.4. Projektmanagement - Statusbericht

Frau Könecke und **Herr Kauter** informieren den Ausschuss mithilfe einer Präsentation (Anlage 2) über die Aufgaben des Projektmanagements, die Priorisierung von Projekten und den aktuellen Stand der Projektmanagement-Einführung.

Da es mehr Projekte als Ressourcen (Fachkräfte und Haushaltsmittel) gibt, ist eine Priorisierung der Projekte unabdingbar. Diese erfolgt in einem zweistufigen Verfahren. Die Priorisierung erfolgt zunächst nach (möglichst) objektiven Kriterien, wie z.B. der Frage nach der gesetzlichen Erfordernis des Projekts. Hierfür werden Punkte vergeben. Im Anschluss an diese Vorab-Priorisierung priorisiert der Steuerungskreis die Projekte in die Pakete I – III. Je nachdem, welche Ressourcen in den beteiligten Fachabteilungen zur Ver-

fügung stehen, werden dann die Projekte aus den Paketen umgesetzt (die höchste Priorität haben die Projekte aus dem Paket I).

Herr Hinz bemerkt dabei, dass zwei der Priorisierungskriterien eine Subjektivität aufweisen. Dies betrifft die Kriterien, die die Bewertung der Attraktivität beinhalten. **Herr Hinz** äußert zudem, dass das Kriterium, welches die Einsparungen im Haushalt durch das Projektergebnis bewertet, stärker gewichtet werden sollte. **Herr Kauter** entgegnet, dass die Punktzahl bewusst nicht zu hoch angesetzt wurde, da Folgekosten oft schwer einzuschätzen sind. Unvorhergesehene Faktoren könnten dazu führen, dass Maßnahmen teurer oder günstiger ausfallen als erwartet. Daher sei es ratsam, dieses Kriterium nicht zu hoch zu gewichten. Bezüglich der Attraktivität fügt **Herr Kauter** hinzu, dass diese nicht immer rein subjektiv sei. Bei bestimmten Maßnahmen sei unstrittig, dass sie die Attraktivität steigern. Abschließend erklärte **Herr Kauter**, dass er grundsätzlich bereit sei, die Punktbewertung anzupassen.

Ab Februar 2025 sind verschiedene Schulungen zum Projektmanagement geplant (Führungskräfte, Projektleitungen und –mitarbeitende, Software-Schulung). Im Anschluss werden die Projekte gemeinsam mit den Projektleitungen in das System übernommen.

Herr Höfner fragt, warum die Grundschule Otze bei der Projektpriorisierung als erhebliche Gefahr eingestuft wurde.

Antwort über das Protokoll:

Die Nordfassade der Sporthalle (in Richtung Kita) besteht großflächig aus Glasbausteinen, welche aufgrund Ihres Alters teilweise abgängig sind (Glasbruch). Die Fassade ist jedoch gesichert.

Herr Hinz bedankt sich für die Präsentation und betont, dass das Thema dadurch deutlich verständlicher und nachvollziehbarer geworden sei. Anschließend fragt er die Ausschussmitglieder, ob die Punkteverteilung innerhalb der Fraktionen besprochen werden sollte. **Frau Heller** antwortet, dass eine Diskussion darüber nicht erforderlich sei und sie davon absehen würde. **Herr Nijenhof** hingegen hält eine solche Diskussion für sinnvoll, da die Punktevergabe dazu führen könnte, dass die Priorisierung der Projekte ausschließlich anhand der Punktzahlen erfolgt und politische Abwägungen vernachlässigt werden. Er betont, dass insbesondere die größeren Parteien die Gewichtung der Kriterien diskutieren sollten. **Herr Gawlik** stellt klar, dass die endgültige Entscheidung weiterhin beim Ausschuss liegt. **Frau Buhndorf** ist der Ansicht, dass die Punktevergabe fachlich fundiert ist. Ein Rechenbeispiel könnte die Punktevergabe verdeutlichen. **Herr Kauter** weist darauf hin, dass für die Priorisierung der Projekte letztendlich deren Einordnung in die Pakete I – III entscheidend ist. Die Vorab-Priorisierung diene in erster Linie der Berücksichtigung objektiver Entscheidungskriterien. **Herr Sieke** fügt abschließend hinzu, dass es sich hierbei um ein Tool handelt, das dabei helfen soll, eine Vielzahl von Projekten zu bewerten und einen Hinweis darauf zu geben, wie diese priorisiert werden sollten. Letztendlich wird jedoch von der Politik entschieden, welche Projekte wann durchgeführt werden.

Herr Gawlik möchte wissen, ob in der aufgeführten Liste auch die aktuellen Projekte enthalten sind. **Frau Könecke** entgegnet, dass es sich hierbei um zukünftige Projekte handelt. Die laufenden Projekte werden jedoch in dem Projektbericht aufgeführt, der zur Verfügung gestellt wird.

**5. Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung
Vorlage: BV 2024 0866**

Herr Hammermeister fasst die wesentlichen Punkte zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung zusammen und nennt die neuen Gebührensätze der vier verschiedenen Reinigungsklassen, die ab 2025 gelten werden.

Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten fasst einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die 7. Satzung zur Änderung der Straßenreinigungsgebührensatzung vom 14.12.2017 wird in der sich aus der Anlage der Vorlage 2024 0866 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage) beigefügten Fassung beschlossen.

**6. Änderung der Entwässerungsabgabensatzung
Vorlage: BV 2024 0880**

Herr Hammermeister kündigt die neuen Gebührensätze für die Schmutzwasserbeseitigung und Niederschlagswasserbeseitigung an, die ab 2025 gelten werden. Die Erhöhung der Schmutzwassergebühr begründet er damit, dass die Unterdeckung der Vorjahre berücksichtigt wurde. Zudem sind die Kosten aufgrund der Inflation gestiegen, und der Baupreisindex hat einen erheblichen Anstieg erfahren, was zu deutlich höheren Abschreibungen geführt hat.

Frau Heller war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten fasst einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die 25. Satzung zur Änderung der Entwässerungsabgabensatzung vom 07.07.1994 wird in der sich aus der Anlage der Vorlage Nr. 2024 0880 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung beschlossen.

**7. Änderung der Hebesatzsatzung
Vorlage: BV 2024 0879**

Die Vorlage zur Änderung der Hebesatzsatzung wird von **Herrn Hammermeister** unter Verwendung einer Präsentation (Anlage 3) ausführlich erläutert.

Herr Nijenhof weist darauf hin, dass der Vorlage zugestimmt werden muss, da es sich um eine gesetzliche Vorgabe handelt. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob die Eigentümerinnen und Eigentümer künftig regelmäßig die Objektdaten an das Finanzamt übermitteln müssen. **Herr Hammermeister** erläutert, dass ihm nach aktuellem Kenntnisstand diesbezüglich keine entsprechenden Regelungen bekannt sind.

Herr Twesten ergänzt, dass die Bescheide hierzu am 07.01.2025 versendet werden. **Herr Nijenhof** spricht den Wunsch aus, dass diese Informationen öffentlich zugänglich gemacht und allen Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung gestellt werden.

Antwort über das Protokoll:

Die relevanten Informationen sind bereits verfügbar. Da die Hebesätze einstimmig im Ausschuss beschlossen und wahrscheinlich auch am 21.11.2024 im Rat beschlossen werden, können die Eigentümerinnen und Eigentümer bei der Steuerabteilung anfragen, wie hoch ihre Steuer ab 2025 ausfallen wird, wenn diese dies schon vorher erfahren möchten. Die Abteilung wird hierzu Auskunft erteilen.

Frau Buhndorf war zum Zeitpunkt der Abstimmung nicht anwesend.

Der Ausschuss für Haushalt, Finanzen und Verwaltungsangelegenheiten fasst einstimmig folgenden empfehlenden

Beschluss:

Die 6. Änderungssatzung zur Satzung über die Festsetzung der Hebesätze für die Grund- und Gewerbesteuer in der Stadt Burgdorf (Hebesatzsatzung) wird in der sich aus der Anlage der Vorlage BV 2024 0879 ergebenden (und der Originalniederschrift als Anlage beigefügten) Fassung beschlossen.

**8. Entwurf Haushaltssatzung 2025 / 2026
Vorlage: BV 2024 0873**

Herr Hammermeister stellte mit Hilfe einer Präsentation (Anlage 4) die wesentlichen Punkte des Haushaltsplanentwurfs 2025/2026 vor.

Herr Gawlik weist darauf hin, dass der Bund und das Land den Kommunen zunehmend Aufgaben übertragen, ohne die dafür entstehenden Kosten zu kompensieren. Dadurch seien die Kommunen nicht mehr in der Lage, effizient zu wirtschaften. Er fragt daher, ob es eine Strategie der Kommunen gibt, um dieser Entwicklung entgegenzuwirken. **Herr Pollehn** schließt sich der Einschätzung von Herrn Gawlik an und informiert, dass auch die anderen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister dieses Problem erkennen und es gegenüber dem Bund und Land ansprechen. Allerdings haben die Kommunen kaum Einflussmöglichkeiten. **Herr Pollehn** betont, dass sich der Bund und das Land nicht an das Konnexitätsprinzip halten. **Herr Gawlik** betont, dass dringend eine Lösung für dieses Problem gefunden werden müsse. Er schlägt vor, die Haushaltssatzung entweder nicht oder nur teilweise zu genehmigen, um ein deutliches Zeichen zu setzen. **Herr Pollehn** weist jedoch darauf hin, dass bei einer solchen Entscheidung auch die daraus resultierenden Konsequenzen sorgfältig bedacht werden müssen. **Herr Braun** fügt hinzu, dass es schwierig sein werde, eine Lösung zu finden, da eine Unterstützung durch den Bund und das Land eher unwahrscheinlich sei. Diese hätten selbst kaum finanzielle Mittel zur Verfügung, um den Kommunen zu helfen. **Herr Gawlik**

schlägt vor, dass sich die Fraktionen zunächst Gedanken zu diesem Thema machen sollten und nicht in dieser Sitzung eine Lösung gefunden werden muss.

Da die Haushaltssatzung 2025/2026, das Investitionsprogramm und der Stellenplan in den kommenden zwei Ausschusssitzungen noch auf der Tagesordnung steht, soll in dieser Sitzung noch kein empfehlender Beschluss gefasst werden.

9. Entwurf Investitionsprogramm 2025 / 2026
Vorlage: BV 2024 0877

Herr Nijenhof stellt im Zusammenhang mit dem Investitionsprogramm einige Verständnisfragen. Unter anderem interessiert ihn, ob die Bürocontainer für die Feuerwehr Hülptingsen dieses Jahr realisiert wird. **Herr Pollehn** informiert ihn, dass die Maßnahme im kommenden Jahr umgesetzt wird und die entsprechenden Haushaltsansätze in das nächste Jahr übertragen werden.

Des Weiteren fragt **Herr Nijenhof**, ob die 175.000 € beim Neubau der Gudrun-Pausewang Grundschule ausschließlich für Planungskosten vorgesehen seien. Dies wird von der Verwaltung bestätigt.

Herr Nijenhof wundert sich über den Haushaltsansatz für 2026 bezüglich der stationären raumlusttechnischen Anlagen am Gymnasium, da er davon ausgeht, dass die Maßnahmen bereits vollständig abgeschlossen seien. **Herr Hammermeister** erwidert jedoch, dass die Arbeiten noch nicht beendet sind.

Auf die Frage von **Herr Nijenhof**, ob ein Neubau der Unterkunft der Drei Eichen 3-4 vorgesehen sei, antwortet **Herr Pollehn**, dass zunächst der Abriss des bestehenden Gebäudes geplant sei, da dieses nicht mehr bewohnbar ist. Im Anschluss sei vorgesehen, an dieser Stelle ein Haus zu errichten, das als Unterkunft für Asylsuchende dienen soll.

Herr Hinz regt an, solche Fragen im Vorfeld der Verwaltung zu übermitteln, damit diese ausreichend Zeit hat, die notwendigen Informationen einzuholen und eine fundierte Antwort geben zu können.

Herr Gawlik ergänzte, dass alle Anfragen der Fraktionen auch den anderen Fraktionen zur Verfügung gestellt werden sollten, um Dopplungen der Fragen an die Verwaltung zu vermeiden.

10. Stellenplan 2025/2026
Vorlage: BV 2024 0881

Frau Raue kündigt an, dass die Personalkosten steigen werden. Aus dem Entwurf des Stellenplans 2025 lässt sich entnehmen, dass der Schwerpunkt im Bildungsbereich, insbesondere bei Kitas, Schulen und im Jugendbereich, liegt. Zudem hat sich bei einigen Stellen die Wertigkeit erhöht, da die Anforderungen gestiegen sind.

11. Anfragen laut Geschäftsordnung

K e i n e

12. Anregungen an die Verwaltung

Herr Gawlik erinnert daran, dass Frau Vierke bei der Reduzierung der Personalkosten in diesem Jahr unter anderem als Grund angeführt hatte, dass einige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ihre Arbeitszeit reduziert haben. Er möchte daher wissen, ob dies dazu führt, dass Teile der Arbeit unerledigt bleiben. **Frau Vierke** antwortet, dass die aktuelle Personallage in der nächsten Sitzung besprochen werden soll. Der Fokus der Verwaltung liege darauf, den Standard zu überdenken und Prozesse zu optimieren, um die Reduzierung der Arbeitszeit auszugleichen und sicherzustellen, dass alle Aufgaben weiterhin bewältigt werden können.

Einwohnerfragestunde

Ein Einwohner nimmt Bezug auf die vorherige Diskussion, in der thematisiert wurde, dass der Bund und das Land den Kommunen immer mehr Aufgaben übertragen, dabei jedoch entweder keine oder nur unzureichende finanzielle Unterstützung leisten. Er möchte wissen, ob davon auszugehen ist, dass diese Situation auch in den nächsten fünf bis zehn Jahren bestehen bleibt, und äußert die Befürchtung, dass es kein Ende dieser Entwicklung geben wird. **Herr Gawlik** antwortet, dass die einzige verbleibende Möglichkeit darin bestehe, alle freiwilligen Leistungen zu kürzen, da er keine weiteren Optionen sieht.

Geschlossen:

Stadträtin

Ausschussvorsitzender

Protokollführerin